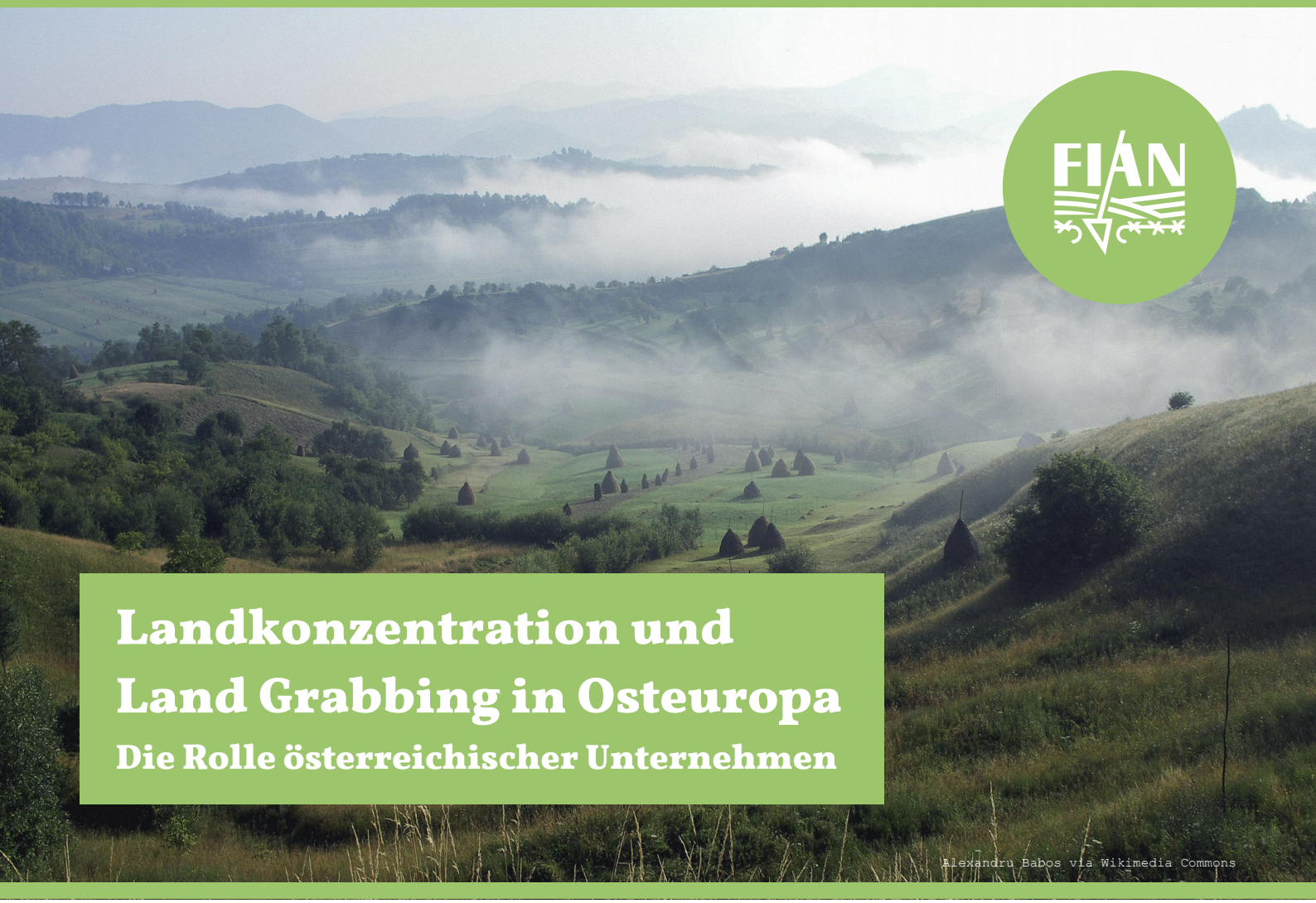

Alexandru Babos via Wikimedia Commons

Landkonzentration und Land Grabbing in Osteuropa

Die Rolle österreichischer Unternehmen

Landkonzentration und Land Grabbing[1] sind nicht nur ein Problem des Globalen Südens, sondern schreiten auch in Europa voran – vor allem in Süd- und Osteuropa. In Rumänien, der Ukraine, Serbien und Ungarn kontrollieren auch österreichische Akteure bereits große Landflächen.[2]

Fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe in Europa sind kleine Bauernhöfe mit weniger als zwei Hektar, die aber nur zwei Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche kontrollieren. Dem gegenüber nutzen Grundbesitzer_innen mit über 100 Hektar, das sind gerade drei Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe, die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in der EU-27.[3] Diese „Landeliten“ werden im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) aktiv durch öffentliche Gelder gefördert – u.a. durch flächenbezogene Subventionen. Dominante Investitionspolitiken bevorzugen ein industrialisiertes Agrarmodell, große Landeinheiten und befördern in vielen Fällen die nicht-landwirtschaftliche Nutzung von Land. Das stellt einen wichtigen Anreiz für Großbetriebe, Agrarbusiness und Spekulanten dar – speziell in Süd- und Osteuropa. Kleinbäuerliche Betriebe erhalten hingegen immer weniger Förderungen. Zehntausende werden jedes Jahr aus der Landwirtschaft verdrängt.

Die EU ist der weltweit größte Nahrungsmittelexporteur. Eine Tatsache, die von vielen europäischen politischen Entscheidungsträger_innen als Erfolgsbeweis gewertet wird. Dieser „Erfolg” begründet sich jedoch auf einem nicht nachhaltigen Landwirtschaftsmodell. Der Zugang zu fossilen Brennstoffen und importierten Rohstoffen (zum Beispiel Soja für Futtermittel) und der Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen (sowohl in Europa als auch anderswo) sind die Voraussetzungen für ein zunehmend industrialisiertes Ernährungs- und Agrarsystem. Dieses Produktionsmodell geht

»Der Zugang zu Land ist eine Grundvoraussetzung für Ernährungssouveränität in Europa. Doch die aktuelle EU-Agrarpolitik erschwert diesen Zugang, indem sie Landkonzentration und Land Grabbing verschärft. Wir alle sind von der Ressource Land abhängig. Land muss daher als öffentliches Gut betrachtet werden. Zugang zu Land sollten jene bekommen, die darauf arbeiten. Kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft muss Vorrang gegenüber konzentrierter, kommerzialisierter und industrialisierter Landwirtschaft bekommen, die nur den Profitinteressen einiger Weniger dient.«
— Irmi Salzer, ÖBV – Via Campesina Austria

Hand in Hand mit der üblichen technischen Herangehensweise an Landverwaltung. Der Zugang zu Land ist aber auch in Europa eine menschenrechtliche Angelegenheit, denn ein Teil der europäischen Bevölkerung ist für seine Lebensgrundlage auf direkten Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen angewiesen.

Österreich und auch Serbien, Rumänien, Ungarn und die Ukraine sind Vertragspartner_innen[4] des Menschenrechtspakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[5] und haben sich damit u.a. dazu verpflichtet, das Recht auf Nahrung zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten. Die Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung verlangt nach einer nachhaltigen Produktion und dem Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln für jedes Mitglied der Gesellschaft. Das beinhaltet das Recht der Menschen ihre Lebensmittelversorgung so zu organisieren, dass sie ihren eigenen Entscheidungen und Präferenzen über Produktion und Konsum entspricht. Die Verwaltung von Land und natürlichen Ressourcen sollte daher auf die nachhaltige Produktion von gesunden Nahrungsmitteln für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung abzielen.

„Wir haben es satt"-Kundgebung in Wien

Viele Länder in Osteuropa - wie auch Ungarn, Rumänien oder die Ukraine - durchliefen die Transformation kollektivierter Landnutzung hin zu einer radikalen Landprivatisierung und -fragmentierung nach dem Fall des eisernen Vorhangs im Jahr 1989. Das führte zu einer Situation, in der die Landnutzung sowohl konzentriert als auch fragmentiert ist und die Anzahl der kleinbäuerlichen Betriebe relativ hoch ist – so zum Beispiel in Rumänien. Nach dem Jahr 1989 haben viele Bäuer_innen ihr ursprüngliches Land vom Staat zurückerhalten. All diese kleinen nicht wettbewerbsfähigen Landflächen wurden auf einen Schlag ein einfaches Ziel für verschiedenste Formen von Land Grabbing. In Serbien begann die Privatisierungswelle erst im Anschluss an den Zerfall Jugoslawiens rund um das Jahr 2000. Der EU-Beitritt von Ungarn im Jahr 2004 und Rumänien im Jahr 2007 beinhaltete die Verpflichtung der Liberalisierung des Landmarktes. Das bedeutet gleichzeitig auch die Öffnung des Landmarkts für ausländische Käufer_innen, die 2014 voll in Kraft treten soll. Zusammen mit dem Fehlen staatlicher Hilfe für kleine und mittelgroße Bäuer_innen hat das zu Land Grabbing und zur steigenden Konzentration von Landeigentum beigetragen. Das 2013 erschienene Buch „Land Concentration, Land Grabbing and People's Struggles in Europe"[6] belegt diese Trends. FIAN hat die gemeinsamen Forschungen der European Coordination Via Campesina (ECVC) und der Hands-Off The Land (HOTL) Alliance mitunterstützt.Vor allem in Osteuropa belegen die Untersuchungen die steigende Konzentration von Landbesitz, die sich in den letzten Jahrzehnten extrem beschleunigt hat und Dimensionen erreicht, wie in Brasilien, Kolumbien oder den Philippinen – alle bekannt für ihre ungleiche Verteilung von Land. In der Ukraine kontrollieren die zehn größten Agrarholdings ungefähr 2,8 Millionen Hektar.[7] Das österreichische Agrarunternehmen MCB Agricole soll laut Dragon Capital in der Ukraine bereits 96.000 Hektar kontrollieren.[8] Maharishi Organic Agriculture, ein österreichisch-japanisches Projekt soll in der Kalanchak Region eine Farm auf 48.000 Hektar betreiben.[9] Auch in Rumänien, Serbien und Ungarn sind österreichische Investor_innen aktiv, die sich im großen Stil Land angeeignet haben. Durch die massive Verschiebung der Besitzverhältnisse in diesen Ländern sind weitreichende Änderungen für die lokale Landwirtschaft zu erwarten. Es ist zu befürchten, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft durch den Investitionsboom kaum profitieren wird.

Taschenverträge in Ungarn

Laut der ungarischen Regierung befinden sich ungefähr 1-1,5 Millionen Hektar Land in den Händen von ausländischen Investor_innen, die meisten von ihnen aus Österreich, weitere kommen aus Deutschland, den Niederlanden, Dänemark oder Großbritannien.[10] Der Gesandte für Agrar- und Umweltangelegenheiten der Österreichischen Botschaft in Budapest schätzt die Zahl mit 500.000 - 600.000 Hektar deutlich niedriger ein. Etwa 90 - 95 Prozent der 200 österreichischen Investor_innen in Ungarn haben auch in Österreich einen landwirtschaftlichen Betrieb und haben sich in Ungarn ein zweites Standbein geschaffen. Es gibt in Ungarn etwa 500 Betriebe mit über 1.000 Hektar, darunter auch welche aus Österreich. Der größte in österreichischer Hand befindliche Betrieb bewirtschaftet etwa 4.000 Hektar.[11] Nach Schätzungen des österreichischen Landwirtschaftsministeriums bewirtschaften die rund 200 österreichischen Betriebe 200.000 Hektar Land in Ungarn, das sind vier Prozent der ungarischen Agrarfläche.[12] Der EU-Beitritt Ungarns im Jahr 2004 hat den Druck auf die Ressource Land verstärkt. Der im Vergleich zu den „alten" EU-Ländern niedrige Bodenpreis in Ungarn war ein wesentlicher Anreiz für Landinvestitionen. Die Bodenpreise steigen laufend, aber sie sind immer noch wesentlich niedriger als in Westeuropa. Derzeit liegen die ungarischen Bodenpreise bei 3.000 - 5.000 Euro je Hektar.[13] In einigen Dörfern nahe der österreichischen Grenze wurden bereits 80 Prozent des Agrarlandes aufgekauft oder gepachtet.[14]

Landinvestitionen werden in Ungarn nicht nur von ausländischen Investor_innen vorangetrieben. Nationale Oligarchen haben in den letzten zwei Jahrzehnten enge Beziehungen zu Ungarns politischer Elite aufge-

baut und sich große Landflächen und die damit einhergehenden EU-Agrarsubventionen angeeignet. Nach 1990 wurden die großen sozialistischen Kooperativen großteils aufgelöst. Staatliche Höfe wurden aufgeteilt und günstig verkauft oder langfristig verpachtet. Das bevorzugte Akteure, die Zugang zum nötigen Kapital hatten. Es waren in der Regel nicht jene, die das Land tatsächlich bestellten, sondern Banken und auch Investor_innen aus dem Ausland, die das Land in erster Linie als Investition betrachteten. Das verursacht laufend soziale Spannungen in den ländlichen Regionen Ungarns. Die Anzahl der Bäuer_innen reduziert sich, Dörfer werden verlassen, die bäuerliche Bevölkerung überaltert zusehends. Die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln wird mehr und mehr zerstört. Die Landkonzentration nimmt zu, die Kluft zwischen den „Zwergen“ und „Riesen“ im Agrarsektor steigt. Die durchschnittliche Fläche des sogenannten Großgrundbesitzes ist mit 3.200 Hektar in Ungarn eine der größten in Europa.[15] Orbán ließ eine Kommission einrichten, die verdächtige Transaktionen prüfen soll. Von über 1.500 angezeigten Fällen befand diese nur 26 als möglicherweise begründet. Sie betreffen nicht mehr als 77 Hektar. Der weit größere Teil des Ackerlandes wurde durch ausländische Investor_innen nach der damaligen Gesetzeslage legal erworben. Sie sollen aber nach einem 2013 erlassenen Gesetz rückwirkend ihre Gültigkeit verlieren.[17] Pachteinnahmen sind in Ungarn, wo fast alles hoch besteuert ist, steuerfrei. Landeigentum ist daher eine Quelle für hohe Gewinne. Ungarische Medien berichten, dass von Landenteignungen und -neuvergabe in erster Linie Kader der regierenden Fidesz, deren Familien und „Bekannte” profitiert hätten, obwohl der Nationale Bodenfonds Kleinbauernfamilien mit Kindern bevorzugen sollte. Besondere Aufregung gab es um den plötzlichen Großgrundbesitz des Bürgermeisters von Orbáns Heimatgemeinde Felcsút und Orbáns Kanzleramtsminister János Lázár.[18]

Spendenfieber in Bajánsenye

In Bajánsenye in der Örség Region ist ein seltsames „Spendenfieber“ ausgebrochen. Der Reihe nach spendeten Dorfbewohner_innen ihr Land an eine ungarische Frau, die Land für ihren österreichischen Mann sammelte. Sie kaufte auch Land auf, insgesamt kam sie so an eine Fläche von 63 Hektar. Eine lokale Bäuerin focht diese „Landspenden“ an, da sie ihrer Einschätzung nach Konstruktionen waren, um das Vorkaufsrecht der lokalen Bäuer_innen zu umgehen. Die Gerichte gaben ihr Recht und sprachen ihr das Vorkaufsrecht auf 49 Hektar zu. Leider war das nur ein kleiner Erfolg, denn in Bajánsenye befinden sich bereits 80 Prozent von 1.200 Hektar verfügbarem Agrarland in ausländischen Händen, darunter drei österreichische Unternehmen.[16]

In den letzten zwei Jahrzehnten sollen etwa eine Million Hektar Land von ausländischen Investor_innen über sogenannte „Taschenverträge” angeeignet worden sein, dazu auch etwa 300 - 500 Million HUF (1,1 - 1,8 Millionen Euro) an nationalen und europäischen Agrarsubventionen.[19] Mit den Taschenverträgen wurde den bisherigen Eigentümer_innen bereits die Kontrolle über ihre Äcker entzogen. Taschenverträge sind unterzeichnete Kaufverträge ohne Datum, die so lange in den Taschen der Käufer_innen liegen, bis ein legaler Erwerb möglich ist. Dann wird das Datum ergänzt, der Verkauf bei den Behörden registriert und ausländische Investor_innen damit auch offiziell Eigentümer_innen. Ungar_innen fungierten oft als „Strohmänner” für die Investor_innen.[20] Die rechtskonservative ungarische Regierung von Ministerpräsident Orbán hat die Taschenverträge ins neue Strafgesetzbuch aufgenommen. Das beunruhigte in den letzten Monaten einige der in Ungarn tätigen Österreicher_innen – die Mehrzahl von ihnen Großgrundbesitzer_innen. Zwischen 1990 und 1994 war der Landkauf für Ausländer_innen erlaubt, aber auch danach fanden viele österreichische Investor_innen Wege, um das Gesetz zu umgehen. Eine Möglichkeit dafür war der Taschenvertrag.[21] Für Beunruhigung sorgte besonders die Bestimmung, dass auch zwischen dem Jahr 1994 und Ende 2001 erworbene Nießbrauchrechte, die im Grundbuch eingetragen sind, ungültig werden sollen.[22]

Holzwirtschaft in Rumänien

Konflikte um Grund und Boden nehmen auch in Rumänien zu. Kein anderes Thema bewegt rumänische Landwirt_innen derzeit mehr, als der Verlust von Ackerflächen an Großinvestor_innen und Spekulant_innen. In Rumänien hat die Regierung seit den 90er Jahren den Einstieg ausländischer Großinvestor_innen stark begünstigt. Trotz gesetzlicher Hürden sollen sich etwa 700.000 Hektar oder 8,5 Prozent der rumänischen landwirtschaftlichen Fläche bereits in den Händen von transnationalen Unternehmen befinden, so der rumänische Landwirtschaftsminister Valeriu Tabara Ende 2011. Österreichische Investor_innen sollen 6,13 Prozent dieser 700.000 Hektar kontrollieren.[23]

Im Zuge des EU-Beitritts wurde Rumänien dazu gezwungen, den Bodenmarkt zu liberalisieren und auch für ausländische Investor_innen zu öffnen. Gesetze sollen den Landkauf für Ausländer_innen ab 2014 erlauben,

aber noch versucht die Regierung das zu umgehen. Schon jetzt genügt aber eine um 150 Euro in Rumänien registrierte Firma, um den Prozess zu beschleunigen.[24] Die Motive für Landaneignungen sind vielfältig: Landwirtschaft, Bergbau, Holzwirtschaft, Energiegewinnung, Tourismus, Wasserressourcen und pure Spekulation. Die Großkonzerne zielen besonders auf intensiv bewirtschaftete, auf den Export ausgerichtete Monokulturen ab. Damit kommt der landwirtschaftliche Ertrag kaum der lokalen Bevölkerung zu Gute. Rumänien ist zudem stark abhängig von Agrarrohstoffen aus dem Ausland. 70 Prozent der Nahrungsmittel werden importiert.[25]

Die Großgrundbesitzer_innen profitierten von billigen Arbeitskräften - der Monatslohn der Landarbeiter_innen beläuft sich nur auf etwa 160 Euro - und fruchtbarem Boden zu Schnäppchenpreisen. Die Landpreise in Rumänien sind mit 2.500 Euro pro Hektar weit unter den Bodenpreisen in anderen EU-Mitgliedsländern, in denen sie schon bis zu 15.000 Euro pro Hektar erreichen können.[26] Seit der Jahrtausendwende hat sich der Bodenpreis in Rumänien verdreifacht.[27] Lokale mittlere und kleine Betriebe haben beim Landkauf das Nachsehen. Rumänische Zwischenhändler_innen kaufen Land parzellenweise auf und üben Druck auf die Landbevölkerung aus, die mit der Situation oft überfordert ist. Ist das Land dann erst zu einem Puzzle zusammengefügt, geht der Boden dann nicht selten zum zehnfachen Preis an internationale Firmen.[28]

Die Bevölkerung hat kaum eine andere Wahl, als das Auftauchen europäischer Agroindustrieunternehmen zu akzeptieren, die sich über Pacht oder Kauf von Land niederlassen. Die nationale Gesetzgebung und die Aussicht auf EU-Agrarsubventionen unterstützen diese Entwicklungen. Die Hälfte der rumänischen EU-Agrarsubventionen im Jahr 2012 wurde von einem Prozent der Höfe bezogen, die je über 500 Hektar groß

Radu Ana Maria via Wikimedia Commons

»Die Kleinbäuerliche Landwirtschaft war über Jahrhunderte das Rückgrat der rumänischen Gesellschaft und verkörperte die Vision der Ernährungs- und Landsouveränität.
Die Zeiten haben sich jedoch geändert, am Gipfel des internationalen Wettlaufs um Land und Ressourcen, stehen Millionen Kleinbäuer_innen vor dem Verschwinden und junge Bäuer_innen werden in die Auswanderung gedrängt. Das muss ein Ende haben. Rumänien braucht seine Kleinbäuer_innen, genauso wie die Welt Ernährungssouveränität braucht!«

— Attila Szocs, Ecoruralis – Kleinbäuer_innen-Netzwerk in Rumänien

sind.[29] Geld, das kleinen Betrieben oft allein aufgrund bürokratischer Barrieren verwehrt bleibt.[30] 70 Prozent der rumänischen Bäuer_innen qualifizieren sich nicht für diese Zahlungen.[31] EU-Förderungen betragen etwa 180 Euro pro Hektar, das ist ungefähr die Hälfte der üblichen Rate in Westeuropa. In der neuen GAP-Periode soll sich diese Zahl an das westliche Niveau angleichen.[32] Große Betriebe wachsen exponentiell, tragen zur Senkung der Nahrungsmittelpreise bei und treiben Kleinbäuer_innen an die äußersten Ränder des Markts. Sie sind mit ihren Produkten nicht mehr konkurrenzfähig. Damit bleibt der Verkauf des Bodens oft als einzige Option. Zusätzliche Flächen, um auf Betriebsgrößen zu kommen, die sie benötigen, um ihre Familien zu erhalten, können sie sich nicht leisten. Um der Armutsspirale zu entkommen, finden sie sich dann allzu oft als erdbeerpflückende Niedriglohnempfänger_innen auf spanischen Plantagen wieder.[33]

Österreichische Investor_innen sind in Rumänien dicht vertreten. Andreas Bardeau, Honorarkonsul von Rumänien, steht für zahlreiche österreichische Agrarier, die in Rumänien in Grund und Boden investieren. Firmen, die dem österreichischen Investor zugeordnet werden, kaufen in den westlichen Landkreisen Timis und Caras-Severin seit Jahren Land auf und investieren in Ackerbau und Rinderhaltung. Das Unternehmen startete im Jahr 2000 in Rumänien und wurde schnell zu einem der flächenmäßig größten agrarischen Grundbesitzer_innen in Rumänien.[34] Die Bardeau Gruppe soll mittlerweile der viertgrößte ausländische Investor in Rumänien sein.[35] Die rund 21.000 Hektar Land, die laut der Bardeau Gruppe ausgelaugt und meist in verwildertem Zustand übernommen wurden, werden von Bardeau seit 2001 sukzessive in Betrieb genommen. In der Bardeau Holding Romania gruppieren sich 16 Unternehmen, die auf Ackerbau für Brotweizen und spezielle Sonnenblumen für die Kartoffelchipsherstellung, Milchviehhaltung, Weiderinderhaltung sowie Lagerhaltung der Ackerfrüchte spezialisiert sind.[36] Ziel ist die gesamte Wertschöpfungskette abzudecken - Klein- und Mittelbetriebe können da meist nicht mithalten.[37]

Die Bardeau Gruppe will sich selbst nicht in einen Topf mit Spekulanten werfen lassen, sondern sieht sich als sehr notwendiger landwirtschaftlicher Investor. Man habe in Rumänien 150 Jobs geschaffen und viel in die Ausbildung der Mitarbeiter_innen investiert.[38] Die drei Millionen Euro an EU-Subventionen im Jahr brauche es, um geringere Ernten und den höheren Aufwand in Rumänien abzufedern.[39] 2012 hatte die Bardeau Holding Romania über 500 Gerichtsfälle um Nutz- und Eigentumsrechte anhängig.[40] Laut der Bardeau Gruppe soll sich das

vor allem in juridisch mangelhaft übertragenen Grundparzellen und der prekären Situation der Grundbücher begründen.[41] Bis zum Jahr 2011 hatte Bardeau in Zusammenarbeit mit der Esterházy-Gruppe die Esterházy Bardeau Silvicultura betrieben und großflächig Wald und Almen aufgekauft.[42] Die Esterházy-Gruppe stößt laut rumänischen Bäuer_innen regional auf wenig Gegenliebe. Sie bewirtschafte in Rumänien gut 10.000 Hektar an Forsten. Es sei geplant die Holzexporte nach Österreich zu verzwei- bis verdreifachen, so Der Standard.[43] Bardeau's Erfolg hat auch andere österreichische Unternehmen angezogen. Die AMB Agro Company bewirtschaftet in Oltenien seit 2007 eine Gesamtfläche von 700 Hektar. „Günstige klimatische Verhältnisse, die nährstoffreiche Schwarzerde und der Fluss Olt schaffen ideale Voraussetzungen für ein fruchtbares Investment", so die AMB Agro Company.[44] Neben der Säge- und Papierindustrie sucht auch die Energiewirtschaft verstärkt nach Holzbiomasse und stößt damit in Westeuropa zunehmend an ihre Grenzen. Über

Migrantische Erntehelfer_innen in Österreich

Tausende ausländische Arbeitskräfte sorgen Jahr für Jahr in Österreich dafür, dass das reife Obst und Gemüse rechtzeitig bei den Konsument_innen landen. Im Jahr 2013 wurde 7.187 ausländischen Erntehelfer_innen eine auf sechs Wochen beschränkte Arbeitserlaubnis erteilt. Über 6.000 von ihnen kamen aus Rumänien. Zusätzlich kamen im selben Jahr 9.454 Personen über Saison-Beschäftigungsbewilligungen für das Kontingent Land- und Forstwirtschaft für maximal sechs Monate nach Österreich. Auch hier kamen die meisten Erntehelfer_innen aus Rumänien (4.232), gefolgt von der Ukraine, Bosnien-Herzegowina und Serbien.[45]

Exemplarisch für die prekären Beschäftigungsverhältnisse und niedrigen Löhne der Erntehelfer_innen in Österreich steht ein Beispiel aus Tirol aus dem Herbst 2013. 50 vorwiegend rumänische und serbische Erntehelfer_innen, die bei einem Thaurer Gemüsebauern als Saisonarbeitskräfte angestellt waren, setzten sich gegen ihre Arbeitsverhältnisse zur Wehr und traten in den Streik. Die Bezahlung der Erntehelfer_innen lag deutlich unter dem ohnehin beschämend niedrigen Kollektivvertrag, teilweise mussten sie ihre Arbeitsutensilien selbst besorgen und hatten oftmals eine 70-Stunden-Woche. Rund 1.000 Euro erhielten sie als monatlichen Lohn dafür. Nach ihren Protesten und der folgenden Kündigung im Oktober 2013 erhielten die Saisonarbeiter_innen eine korrigierte Abrechnung und mehr Lohn.[46]

Gavrila Stetco via Wikimedia Commons

die AMB-Holding-Silva Property will das Unternehmen auch auf den rumänischen Holzmarkt drängen: „Die Suche nach neuen Wäldern führt in das neue Europa." Rumänien verfügt nach Polen über die zweitgrößte absolute Waldfläche unter den Ländern Zentral- und Mitteleuropas. Für die AMB-Holding eröffne das neue Perspektiven, um das Portfolio zu ergänzen. Noch werde nach geeigneten Flächen gesucht.[47]

Illegaler Holzeinschlag ist in Rumänien ein dramatisches Problem. Bis 2012 hat sich der illegale Holzeinschlag in nur fünf Jahren verdoppelt. In den letzten 20 Jahren wurden 80 Millionen Kubikmeter Holz unrechtmäßig geschlagen, so der Delegierte des Ministers für Wasser und Wälder.[48] Laut Greenpeace Rumänien hat die rumänische Regierung zwischen 2009 und 2011 über 30.000 Fälle von illegalem Holzeinschlag registriert.[49] Die am meisten von der Entwaldung betroffenen Gebiete liegen in Harghita und Covasna im Zentrum und Maramures im Norden Rumäniens. Der Kahlschlag hat schwere Konsequenzen für den natürlichen Lebensraum von Mensch und Tier. Auch die Flächen der Naturparks, in denen jegliche Forstwirtschaft verboten ist, schrumpft von Jahr zu Jahr - allein zwischen 2008 und 2012 um 380.000 Hektar. Rumänien ist ein großer Holzexporteur. 2011 wurden fast 5.000.000 Tonnen Holz und Holzprodukte ausgeführt, vor allem in arabische Länder, die Türkei, nach China und Japan. Die größten europäischen Abnehmer finden sich in Italien, Österreich, Ungarn und Deutschland.[50]

Das österreichische Unternehmen Holzindustrie Schweighofer ist im Holzsektor Rumäniens aktiv und stößt mit seinen Investitionen nicht nur auf Gegenliebe, sondern derzeit auch auf starken lokalen Widerstand. Schweighofer verdränge mit seinen Sägewerken Kleinunternehmer_innen und für den Holzbedarf von Schweighofer würden Waldflächen exzessiv abgeholzt, so lauten die Vorwürfe lokaler NGOs. Der WWF Rumänien, die rumänische Umweltorganisation Agent Green und das Transylvanian Wildlife Project haben sich bereits mehrfach gegen die Aktivitäten von Schweighofer ausgesprochen.[51] Holzindustrie Schweighofer weist die Vorwürfe zurück und gibt an, nur Rundholz am freien Markt zuzukaufen und das ausschließlich, wenn legale Herkunftsdokumente vorliegen.[52] Cascade Empire ist Teil der Schweighofer Holzindustrie und zuständig für den Erwerb von Im-

mobilien, Land und Waldflächen in Rumänien. Cascade Empire soll laut Wirtschaftsblatt mit Stand 2009 insgesamt 11.000 Hektar Wald in Rumänien besitzen.[53]

Holzindustrie Schweighofer betreibt bereits Holzverarbeitungsstandorte in Sebes und Radauti. Der jährliche Einschnitt der Schweighofer-Gruppe beträgt 2,7 Millionen Festmeter, 260.400 Tonnen Pellets und Briketts werden jährlich produziert.[54] Ende 2013 erhielt Schweighofer von der örtlichen Behörde die Genehmigung für den Bau des fünften Werkes in Rumänien, in Reci (Kreis Covasna). Die Inbetriebnahme ist für Anfang 2015 geplant. Investitionssumme sind 150 Millionen Euro. Im dann dritten Sägewerk der Gruppe ist eine jährliche Einschnittkapazität von 800.000 Festmeter vorgesehen. Weiters sollen 100.000 Kubikmeter Leimholzprodukte für Japan sowie 130.000 Tonnen Pellets pro Jahr produziert werden.[55] Durch die Menge an benötigtem Holz befürchten NGOs Raubbau an den umliegenden Wäldern, unschätzbare Verluste und Schäden für das Ökosystem und die Freisetzung von Treibhausgasen. Eine Petition fordert den Baustopp des neuen Werks.[56]

Im September 2013 haben etwa 100 Personen gegen die Ausdehnung von Schweighofer demonstriert. Die Demonstrant_innen fürchten, dass neben einem unwiederbringlichen Schaden für die Natur, das Projekt das wirtschaftliche Ende für kleine Sägewerke der Umgebung wäre und tausende Arbeiter_innen in kleinen lokalen Holzverarbeitungsbetrieben dadurch arbeitslos werden.[57] Auch Arbor, eine Arbeitgebervereinigung von 150 kleinen und mittelständischen Betrieben, befürchtet mit der weiteren Ausbreitung von Schweighofer den Niedergang der lokalen holzverarbeitenden Betriebe.[58] Schweighofer entgegnet, dass durch das neue Werk 650 direkte Arbeitsplätze für die Region geschaffen würden und für lokale, kleine Firmen die Möglichkeit besteht, ihre Produkte aus deren Sägewerken an Schweighofer zu verkaufen und Kooperationen einzugehen.[59] 200 Personen protestierten am 15. Jänner 2014 in Covasna gegen die Entscheidung der Behörden, die Schweighofer die Baugenehmigung für das Sägewerk in Reci erteilten. Die Entscheidung sei ohne Zustimmung der lokalen Bevölkerung getroffen worden, so der Vorwurf der Demonstrant_innen. Deshalb forderten sie die Rücknahme der Entscheidung durch die Bezirksregierung.[60] Eine erste vom Ministerium angeordnete Untersuchung der lokalen Behörde in Bezug auf die Erteilung der Baugenehmigung hat keine Unrechtmäßigkeiten im Prozess gefunden.[61]

Serbiens Äcker – „ein lohnendes Asset“

In Serbien haben von insgesamt 780.000 bäuerlichen Betrieben 140.000 weniger als zwei Hektar Fläche zur Verfügung. Ein Viertel der Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft. Die Region Vojvodina verfügt über 1,8 Millionen Hektar fruchtbares Ackerland, darunter Schwarzerde-Böden mit hohem Potential in der Saatgutproduktion. Für Investitionen in Serbien gibt es laut der Zeitung „Blick ins Land“ ganz handfeste wirtschaftliche Gründe: „Die Infrastruktur ist weit besser als im benachbarten Rumänien oder Kroatien, das Arbeitskräfteangebot ist enorm, Lohnkosten und

»Die serbische Provinz Vojvodina als Kornkammer am Balkan entwickelt sich zu einer lukrativen Zone für westliche Agrarinvestoren – mit Renditeaussichten, von denen man in der EU derzeit nur träumen kann.«
— Blick ins Land (6-7/2012)

Bodenpreise sind (noch) gering.“[62] Die Bodenpreise bewegen sich zwischen 8.000 und 9.000 Euro je Hektar und kosten damit gerade ein Viertel von vergleichbaren Böden in Österreich. Investor_innen hoffen auf eine Wertsteigerung um 100 Prozent bis 2018.[63]

Ähnlich wie in Rumänien, der Ukraine oder Ungarn verbietet das Gesetz den Verkauf von Agrarland an ausländische Investor_innen. Aber das wurde umgangen, indem man Unternehmen als serbische Firmen registriert und so ihr Kapital in privatisierte Agrarunternehmen investierte. In manchen Fällen versuchten Zusammenschlüsse von Kleinbäuer_innen im Wettbewerb gegen Großgrundbesitzer_innen standzuhalten und Staatsland in ihrer Gegend zu pachten. Das führte zu teils konflikthaften Situationen bei öffentlichen Auktionen.[64] Der serbische Staat vergibt bis zu einem Maximum von 100 Hektar 150 Euro Subventionen pro Hektar. Kleinbauernverbände beschweren sich, dass einige Großgrundbesitzer_innen mehr als die ihnen zustehenden Subventionen beziehen, indem sie einen Teil ihres Landes über Familienmitglieder oder Freund_innen registrieren. Vier Jahre nachdem das serbische Stabilisierungs- und Assozisierungsabkommen mit der EU in Kraft tritt, wird es ausländischen Investor_innen offiziell erlaubt sein, Land zu erwerben. Während viele Nachbarländer versuchen diesen Prozess hinauszuzögern und ausländische Investitionen in Land zu erschweren, treibt Serbien die Liberalisierung des Landmarkts voran. Im Jänner 2013 unterzeichnete die Regierung einen Vorvertrag mit den Vereinigten Arabischen Emiraten über die Pacht von mehr als 16.000 Hektar.[65]

Kontraktpartner_innen des österreichischen Unternehmens Advance Management bewirtschaften eine Gesamtfläche von 100.000 Hektar. So können ausländische Akteur_innen indirekt in die serbische Agrarwirtschaft investieren. Auf den Flächen wird von mittleren bis großen privaten und staatlichen Betrieben über Vertragsanbau Weizen, Mais- und Sonnenblumensaatgut produziert – bis 2012 auch im Auftrag von Kunden wie der Raiffeisen Ware Austria. Oberstes Ziel der Agrarier ist der Erwerb und die Bewirtschaftung von Agrarflächen - mit lokalen Partner_innen.[66] „Wir haben begonnen in der Region Feketic Land zu kaufen und zu pachten und unsere landwirtschaftlichen Aktivitäten aufzubauen." Advanced Agro bietet auch Betriebsführungsdienste für Landinvestor_innen.[67] Advance Management erhielt über eine Wirtschaftspartnerschaft der Austrian Development Agency (ADA) 200.000 Euro für ein Projekt in der Vojvodina.[68] Advance Management hat mit Unterstützung der ADA ein Kontraktmodell entwickelt, bei welchem mit lokalen Partner_innen für internationale Saatgutfirmen Saatgut produziert wird. Die Gesamtfläche, auf der Advance Management Saatgut produziert, ist ca. 1.000 Hektar groß.[69]

Es war von der ADA auch geplant, über eine weitere Wirtschaftspartnerschaft in Serbien den Margarineproduzenten SENNA Nahrungsmittel „dabei [zu] unterstütz[en] südosteuropäische Märkte zu erobern". Ziel der Partnerschaft war der Aufbau von Margarineproduktion und die Entwicklung von Zuliefererketten in Serbien.[70] Es kam jedoch nicht zum Vertragsabschluss. Es bleiben Zweifel, ob in dieser Form der Partnerschaften die Interessen von lokalen Kleinbäuer_innen im Zentrum stehen.

Großflächige Landaneignungen sind im Vorfeld der EU-Beitrittsverhandlungen wieder in den Vordergrund getreten und haben in Serbien während der Zeit der Privatisierung nach dem Jahr 2000 begonnen. Serbische und internationale Unternehmen haben die Gelegenheit genützt, um die Kontrolle über große Flächen Land zu erlangen. Zwischen 2001 und 2012 wurden 253 Agrarunternehmen privatisiert und im Zuge dessen 65.000 Arbeiter_innen entlassen.[71] Wie der Ende 2012 vom Anti-Korruptions Rat der serbischen Regierung veröffentlichte Bericht zu Staats- und Kooperativen-Land im Privatisierungsprozess feststellte „wurden viele Agrarunternehmen privatisiert, ohne in Frage zu stellen, ob die Eigentumsverhältnisse von landwirtschaftlichen Flächen vorab geklärt wurden." Es gab eine Reihe von Rechtswidrigkeiten im Prozess der Privatisierung, vor allem wegen unklarer Regelungen in Bezug auf Landeigentum. Vorhandene Schlupflöcher ermöglichten im Zuge des Privatisierungsprozesses großflächige Landaneignungen. Das volle Ausmaß ist unklar, aber es hatte Auswirkungen auf die Landkonzentration in Serbien. Laut Branislav Gulan, einem Experten für Landfragen in Serbien, besitzen die vier größten serbischen Landeigentümer_innen zusammen mehr als 100.000 Hektar Land.[72] Einer von ihnen ist die MK Group mit 24.000 Hektar.[73] Die MK Group Serbien zählt zu den führenden Agrarunternehmen Südosteuropas und produziert unter anderem Zucker, Mais und Weizen und bewirtschaftet nach eigenen Angaben über ihre Agrarunternehmen 20.000 Hektar Land.[75] Die MK Group Serbien bezieht einen langfristigen Kredit von der österreichischen Entwicklungsbank in der Höhe von 15 Millionen Euro. „Ziel der Kreditlinie ist es, über Investitionen in moderne Agrarinfrastruktur sowie energieeffiziente Maschinen bzw. Technologien die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu sichern und einen positiven Beitrag zur Entwicklung des serbischen Agrarsektors zu leisten."[76] Die MK Group hat bereits ihre Fühler in die Ukraine ausgestreckt und dort über die Tochterfirma Agro Invest Ukraine in Kiev, Vinnitsa, Cherkassy und Zhytomyr in 40.000 Hektar Land investiert.[77]

»Menschen in Machtpositionen haben diese nachteiligen Entscheidungen getroffen. Wenn man ihnen diese Macht nimmt, können ihre Entscheidungen rückgängig gemacht werden und das Land wieder jenen zurück gegeben werden, die darauf arbeiten und davon leben. […] Alternative Wirtschaftsformen müssen selbstbestimmt, selbstständig und auf ihren eigenen Ressourcen basierend sein und in der Kontrolle der lokalen Bevölkerung liegen. […] Landwirtschaftliche Böden dürfen nicht an Marktspekulanten oder Agrarbusiness-Unternehmen verkauft werden. Serbien erwirtschaftet die höchsten Profite über den Export von landwirtschaftlichen Produkten, aber gleichzeitig sterben in Serbien Menschen an Hunger. Solange das so ist, bedeutet das, dass die Dinge gegen jegliche Vernunft organisiert sind. Die lokale Bevölkerung muss die Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen und die darauf erwirtschafteten Profite haben und diese müssen gerecht innerhalb der Bevölkerung verteilt werden, anstatt der Geschäftemacherei einer kleinen Gruppe von Personen zu dienen.«

— Milenko Sreckovic, Pokret za Slobodu - eine Arbeiter_innen- und Kleinbäuer_innen-Organisation in Serbien[74]

Rechtsschutz – für wen?

Unternehmen aus Österreich zählen – auch im Agrarbereich – in vielen süd- und osteuropäischen Ländern zu den bedeutendsten ausländischen Investor_innen.[78] Geschützt werden die österreichischen Investor_innen in diesen Ländern durch die sogenannten Intra-EU-BITs (Bilateral Investment Treaties, BITs), das sind bilaterale Investitionsschutzabkommen zwischen EU-Mitgliedsstaaten, welche die Rechtssicherheit für im Ausland investierende Unternehmen erhöhen sollen. Österreich hat 12

Intra-EU BITs mit neuen EU-Mitgliedsstaaten vor deren EU-Beitritt abgeschlossen.[79] Diese Abkommen enthalten unter anderem umstrittene Investor-vs.-Staat-Schiedsgerichtsverfahren. Schiedsgerichtsverfahren gegen Staaten ermöglichen Angriffe auf grundlegende Menschenrechte, wie das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. Sie widersprechen zwingenden Normen des allgemeinen Völkerrechts, das nach öffentlichen Verfahren unter demokratischer Kontrolle und rechtsstaatlichen Mitteln verlangt. Besonders osteuropäische Staaten stehen zunehmend im Fokus westeuropäischer Unternehmen. 65 Prozent der bekannten Schiedsverfahren gegen mittel- und osteuropäische Staaten basieren auf Intra-EU-BITs.[80]

Österreich wurde noch nie auf Basis eines Investitionsschutzabkommens geklagt, aber umgekehrt haben österreichische Unternehmen sehr wohl Klagen auf Basis bilateraler Investitionsschutzabkommen eingebracht oder zumindest angedroht. Die Ukraine wurde schon auf Grundlage des Österreich-Ukraine-Investitionsschutzabkommens geklagt[81], ähnlich erging es Kroatien[82], der Slowakei[83] oder Bulgarien.[84] Noch sind keine Schiedsgerichtsverfahren von österreichischen Investor_innen im Agrarbereich in Osteuropa bekannt, die grundsätz- liche Anwendungsmöglichkeit besteht aber. Bilaterale Investitionsschutzabkommen spielen global bereits in vielen Ländern eine wichtige Rolle in der Absicherung von Landinvestitionen und erschweren mögliche Land- reformen. Landreformen und Enteignungen wurden mit Bezug auf bestehende Investitionsschutzabkommen bereits verhindert. Menschenrechtlich und demokratisch legitimierte Landreformen werden stark erschwert und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten von Investorenrechten für lange Zeit eingeschränkt.[85]

Extraterritoriale Staatenpflichten

Von Land Grabbing oder mangelndem Zugang zu Land betroffene Bevölkerungsgruppen haben kaum Rechtsmittel, um sich effektiv gegen die mächtigen Interessen von Investor_innen zur Wehr zu setzen. Das zeigen auch die Beispiele aus Ungarn, Rumänien und Serbien. In vielen Fällen sind es auch ausländische staatliche wie nicht-staatliche Akteur_innen, die Individuen und Gemeinschaften den Zugang zu zentralen natürlichen Ressourcen wie Land streitig machen. Die vorherrschende Interpretation menschenrechtlicher Verpflichtungen von Staaten, z.B. als Unterzeichnerstaaten des Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, beschränkt sich auf das eigene Territorium. Wie die Fallbeispiele zeigen, ist die Verwirklichung der Menschenrechte aber gerade auch von Handlungen von Staaten, internationalen Organisationen und privaten Akteur_innen außerhalb des betroffenen nationalen Territoriums abhängig. Zum Beispiel ist die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung auch von ausländischen Land- oder Agrarinvestitionen beeinflusst. Die extraterritorialen Staatenpflichten (Extraterritorial State Obligations, ETOs) können als „Missing Link“ im Menschenrechtssystem verstanden werden, indem sie eine Rechtsgrundlage für unsere globalisierte Welt bereitstellen und damit ein rechtliches Vakuum füllen.

Maastrichter Prinzipien

Im September 2011 wurden die „Maastrichter Prinzipien zu den Extraterritorialen Staatenpflichten im Bereich der Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen Menschenrechte“ im Rahmen des ETO Consortiums verabschiedet. Sie sind eine recht- liche Meinung internationaler Menschenrechtsexpert_innen und definieren auf Grundlage bestehenden internationalen Rechts die Inhalte der ETOs. Unter den 40 Unterzeichner_innen aus aller Welt finden sich Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Universitäten, gegenwärtige und frühere Mitglieder von UN- Vertragsorganen sowie UN-Sonderberichterstatter_innen. Die Maastrichter Prinzipien gelten als Quelle internationalen Rechts gemäß Art. 38 der Statuten des Internationalen Gerichtshofes.

Gemäß den Maastrichter Prinzipien zu den extraterritorialen Staatenpflichten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte müssen Staaten „Maßnahmen ergreifen, um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Personen innerhalb und außerhalb ihres Territoriums zu schützen.“[86] Die Aktivitäten von Privatunternehmen im Ausland stellen einen wichtigen Anwendungsbereich dieser Prinzipien dar. Österreich muss demzufolge Vorkehrungen treffen, dass heimische Unternehmen, bei ihrer Geschäftstätigkeit im Ausland sich an keinerlei Aktivitäten beteiligen, die die Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte (WSK-Rechte) verunmöglichen oder beeinträchtigen.

Der UN-Ausschuss für WSK-Rechte überwacht die Einhaltung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Im November 2013 wurde die österreichische Bundesregierung in den Empfehlungen zum österreichischen Staatenbericht zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten vom zuständigen UN-Ausschuss gerügt und zum Handeln auf-

Präsentation des Schattenberichts in Genf im November 2013

gefordert. Bemängelt wurde unter anderem die fehlende Aufsicht über im Ausland tätige österreichische Unternehmen in Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen in Drittländern.[87] FIAN Österreich koordinierte den Schattenbericht[88] der Nichtregierungsorganisationen, der sich auch Österreichs extraterritorialen menschenrechtlichen Verpflichtungen widmete. Die Empfehlungen des Ausschusses bestätigten viele Forderungen des Schattenberichts. Dazu gehört die Empfehlung zur Einrichtung von menschenrechtlichen Folgeabschätzungen in der Entwicklungszusammenarbeit und anderen Außenwirtschaftsbeziehungen. Möchte Österreich zu einer sozialen und internationalen Ordnung beitragen, in der die Menschenrechte vollständig verwirklicht werden, dann sollte es seine extraterritorialen Pflichten respektieren und umsetzen.

Vom Mythos einer guten Landverwaltung in Europa

Die skizzierten Beispiele aus Rumänien, Serbien und Ungarn zeigen nicht nur die Rolle transnational agierender Akteur_innen auf, sondern legen auch grundlegende Probleme in der Verwaltung von Land und natürlichen Ressourcen in Europa offen. Europa gilt gewöhnlich als Vorzeigebeispiel für gelungene Landverwaltung. Diese Einschätzung setzt ein sehr enges Verständnis von Land voraus. Landverwaltung wird dabei in erster Linie als eine technische Angelegenheit gesehen, die sich durch starke (private) Eigentumsrechte, gut funktionierende Grundkataster und Landmärkte auszeichnet. Aus einer menschenrechtlichen Perspektive gibt es bei der Landverwaltung in Europa jedoch dringenden Reformbedarf.

Die „CFS Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“ verdeutlichen, dass der Zugang zu Land, Fischgründen und Wäldern keine rein wirtschaftliche Angelegenheit ist, sondern ein grundlegendes Menschenrecht, das respektiert, geschützt und gewährleistet werden muss. Die CFS Leitlinien[89] wurden im Mai 2012 im Welternährungsausschuss der Vereinten Nationen (Committee on World Food Security, CFS) von 125 Staaten angenommen. Diese Leitlinien bieten eine Anleitung für Regierungen, um die Verwaltung von Land, Fischgründen und Wäldern zu verbessern - auch in Europa. Sie sind das erste internationale Instrument, das einen menschenrechtsbasierten Ansatz, im Speziellen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, auf die Verwaltung von natürlichen Ressourcen anwendet. Die Leitlinien sind verankert in bestehenden Verpflichtungen unter internationalem Völkerrecht.

Der menschenrechtliche Fokus der Leitlinien bringt ein besonderes Augenmerk auf marginalisierte Gruppen mit sich. In Europa betrifft das im Besonderen Kleinbäuer_innen und zukünftige Bäuer_innen. Sie werden durch Politiken auf nationaler und EU-Ebene diskriminiert, als Resultat des Fehlens von öffentlichen Unterstützungsleistungen, durch eine Raumplanung, die kleinbäuerliche Landwirtschaft verschwinden lässt und durch die Liberalisierung von Landmärkten. Das passiert entgegen den Bestimmungen der Leitlinien, deren leitende Prinzipien die Nichtdiskriminierung (3B2) miteinschließen. Das beinhaltet auch das Verbot der Diskriminierung basierend auf dem Mangel von ökonomischen Ressourcen (4.6).

Wie einige der Beispiele illustrieren, ist Land Grabbing auch in Europa ein wachsendes Thema. Dahingehend fordern die CFS Leitlinien die Staaten dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, die den Schutz von „Landnutzungsrechten, Menschenrechten, Lebensgrundlagen, Ernährungssicherheit und der Umwelt sicherstellen.“ (12.6). Vorgesehene Maßnahmen sind die Einführung von Obergrenzen für erlaubte Landtransaktionen und die Förderung von Produktions- und Investitionsmodellen, die nicht zu großflächigem Transfer von Nutzungsrechten an Investor_innen führen (12.6). In Bezug auf Investitionsprojekte unterstreichen die Leitlinien die Notwendigkeit von „vorab durchgeführten unabhängigen Begutachtungen der potentiellen positiven und negativen Auswirkungen dieser Investitionen“ (12.10). Das ist ein Minimalstandard, der in vielen – wenn nicht allen – europäischen Ländern bislang fehlt, denn es geht dabei z.B. auch um die Untersuchung der Auswirkungen von Investitionen auf die Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung, nicht nur um Umweltverträglichkeitsprüfungen. Im europäischen Kontext bedeutet das, dass die Auswirkungen eines Investitionsprojekts auf Landkonzentration, Landnutzung und die kleinbäuerliche Landwirtschaft untersucht und bei der Entscheidung für oder gegen ein Projekt berücksichtigt werden muss.

Verabschiedung der CFS Leitlinien im Mai 2012 in Rom
FAO/Alessia Pierdomenico

Die aktuellen Investitionspolitiken in Europa - allen voran das Subventionsregime der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU – fördern den Prozess der Landkonzentration und ein industrielles Landwirtschaftsmodell. Das missachtet die Vorgaben der Leitlinien, die unterstreichen, dass eine verantwortungsvolle Landverwaltung auch verantwortungsvolle Investitionen unterstützen soll, um so eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion zu stärken (12.1). Anstatt nicht nachhaltige Modelle zu unterstützen, die nur ein paar wenigen Agroindustriekonzernen zu Gute kommen, rufen die Leitlinien zu einer Investitionspolitik auf, die „breitere soziale, wirtschaftliche und umweltbezogene Ziele unter einer Vielfalt von

Landwirtschaftssystemen unterstützt." (12.1) Um die nachhaltige Produktion von gesunden Lebensmitteln zu fördern, anerkennen die Leitlinien die zentrale Bedeutung kleinstrukturierter Lebensmittelproduzent_innen und rufen die Staaten dazu auf, die Investitionen in eine kleinbäuerliche Landwirtschaft zu stärken (12.2). Das unterstützt die Forderung von Kleinbäuer_innen in ganz Europa, das aktuelle Fördersystem der GAP zu reformieren und bäuerliche Landwirtschaft für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion zu unterstützen.

Bei öffentlichem Land und auch Wäldern besteht für Staaten eine besondere Verantwortlichkeit. Die Leitlinien raten dabei nicht zur Privatisierung dieser Ressourcen, sondern leiten Staaten dazu an „die Nutzung und Kontrolle dieser Ressourcen im Licht breiterer sozialer, wirtschaftlicher und umweltbezogener Anliegen festzulegen" (8.1) und „die gerechte Verteilung von Leistungen aus Land, Fischgründen und Wäldern im Staatsbesitz" in einem inklusiven Konsultationsprozess zu entwickeln (8.6, 8.7). Die Leitlinien fordern eine Offenlegung aller Informationen über die verfügbaren öffentlichen Flächen, um eine öffentliche Diskussion über die Nutzung dieses Landes zu führen (8.4). Die Leitlinien unterstreichen weiter, dass öffentliches Land gemeinschaftlich genutzt und verwaltet werden kann (8.3) und rufen zum Schutz und der Stärkung des Gemeinguts (der „Commons") in Europa auf.

Wie einige der Beispiele illustrieren, haben Privatisierungs- und Liberalisierungsprozesse von Landmärkten die Landkonzentration und Grundstücksspekulation verstärkt. Die CFS Leitlinien rufen die Staaten dazu auf, „Maßnahmen zu ergreifen, um unerwünschte Auswirkungen auf lokale Gemeinschaften […] und verwundbare Gruppen zu vermeiden, die unter anderem durch Grundstücksspekulation, Landkonzentration und Missbrauch von gewohnheitsrechtlichen Nutzungsformen entstehen können und andere Parteien sollen anerkennen,

Abgesehen von den Politiken selbst, gibt es gravierende Probleme in der Entwicklung und Implementierung. Noch genereller – es geht um die Art in der Entscheidungen fallen. Die Leitlinien rufen auf zu angemessener Teilhabe in Entscheidungsprozessen und Transparenz. Der Zugang zu Information über verfügbare (öffentliche) Flächen wird z.B. auch gebraucht, um marginalisierten Gruppen dieses Land zugänglich zu machen. Im Zusammenhang mit Transparenz sprechen die Leitlinien auch das Thema Korruption an und unterstützen Maßnahmen dagegen. Im Besonderen gilt es Interessenskonflikte anzusprechen und klarere Regeln und Regulierungen zu verabschieden (6.9).

dass Werte, so wie soziale, kulturelle und umweltbezogene Werte, nicht immer gut durch unregulierte Märkte bedient werden. Staaten sollen die breiteren Interessen von Gesellschaften durch angemessene Politiken und Gesetze zu Nutzungsrechten schützen." (11.2) Die Leitlinien unterstreichen die Pflicht, Landmärkte zu regulieren und sicherzugehen, dass die Landnutzungsrechte kleiner Lebensmittelproduzent_innen geschützt werden und so die „zentrale Bedeutung kleiner Lebensmittelproduzent_innen für die nationale Ernährungssicherheit und soziale Stabilität" (11.8) anzuerkennen.

Einer der Schlüsselfaktoren, der Kleinbäuer_innen und zukünftigen Bäuer_innen benachteiligt, ist die ständig steigende Landkonzentration in Europa. Eine der wichtigen Gegenmaßnahmen sind Landreformen. Die Umverteilung von Land an landlose und anstrebende Bäuer_innen sind dabei eine dringende Aufgabe. Das ist eine Hauptforderung der Europäischen Koordination der Via Campesina (ECVC) und von vielen ländlichen sozialen Bewegungen in Europa. Die Forderung wird untermauert durch die Leitlinien, die anerkennen, dass umverteilende Reformen „breiten und gerechten Zugang zu Land und inklusive ländliche Entwicklung fördern" (15.1). Besonders zu tragen kommt das in Zusammenhängen, wo „eine hohe Landkonzentration verbunden ist mit einem erheblichen Anteil ländlicher Armut hervorgerufen durch den mangelnden Zugang zu Land" (15.3).

Auch die CFS Leitlinien legen offen, dass die existierenden Probleme in der Landverwaltung in Europa dringend angegangen werden müssen. Aktuelle Politiken und Rahmenbedingungen sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene brauchen eine Überarbeitung. In diesem Zusammenhang bieten die Leitlinien, als ein breites und legitimiertes Instrument, eine Analysebasis für existierende Probleme und beinhalten einige Elemente dafür wie diese Reformen aussehen sollten. Die Leitlinien unterstützen Forderungen vieler Gemeinschaften, sozialer, bäuerlicher Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen für eine Neuausrichtung der Politiken im Kontext von Land, Fischgründen und Wäldern in Europa. Das Ziel dabei ist, Land Grabbing zu stoppen und die Landkonzentration umzukehren, um einen gerechten Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen zu sichern, mit besonderem Fokus auf die Gruppen, die aktuell benachteiligt werden, und eine Neuorientierung von Landnutzung für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion anstatt für die Profite einiger weniger machtvoller Akteur_innen.

Endnoten

1 Land Grabbing beschreibt eine Entwicklung der letzten Jahre, in der sich internationale Konzerne oder Finanzinvestoren und nationale Eliten riesige Flächen Land sichern. Land Grabbing ist kein vollkommen neues Phänomen. Der neueste Wettlauf um Land und damit verknüpfte Ressourcen wie Wasser hat jedoch seine spezifischen Merkmale - wie rasante Landkonzentration - und muss im Kontext und als Reaktion auf multiple globale Krisen gesehen werden: der Klimakrise, der Ernährungskrise, der Energiekrise und der Finanzkrise.
2 Die vorliegende Publikation soll als Anstoß für weitere Recherchen verstanden werden und zeigt anhand einiger konkreter Beispiele exemplarisch die Auswirkungen großflächiger (Agrar)Investitionen in Osteuropa.
3 European Union, 2012: Eurostat Pocketbooks: Agriculture, fishery and forestry statistics, 2012 Edition. Luxembourg: European Union Publications. S. 27
4 United Nations: International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights. Ratification, Accession, Succession. Zugriff: https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-3&chapter=4&lang=en
5 United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights: International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights. Zugriff: http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CESCR.aspx
6 European Coordination Via Campesina (ECVC) & Hands-Off The Land (HOTL) Alliance, 2013: Land concentration, land grabbing and people's struggles in Europe.
7 Latifundist, 2012: Топ 100 латифундистов Украины 2012 [Top 100 latifundistov Ukrainy 2012]. Zugriff: http://latifundist.com/rating/top-100-latifundistov-ukrainy.
8 Dragon Capital. MCB Agricole. Zugriff: http://www.dragon-capital.com/en/institutional_investors/research/companies_issuers/4gw1_gr.html
9 Green Globe Harvest, 2012: About our Agri-business. Zugriff: http://ggharvest.com.au/index.php?page=agri_business
10 Fidrich, Robert, 2013: The Return of the White Horse: Land Grabbing in Hungary. MTUSZ and Friends of the Earth. A paper that is part of the European Coordination of Via Campesina (ECVC) and Hands-Off The Land Study on Land Concentration and land Grabbing in Europe. Amsterdam: Transnational Institute.
11 Schriftliche Stellungnahme der Österreichischen Botschaft Budapest, Gesandter für Agrar- und Umweltangelegenheiten, 14.3.2014
12 Die Presse, 6.2.2014: Ungarn verschärft Gangart gegen österreichische Bauern. Zugriff: http://diepresse.com/home/wirtschaft/internatioal/1559123/Ungarn-verschaerft-Gangart-gegen-osterreichische-Bauern-?from=suche.intern.portal
13 Schriftliche Stellungnahme der Österreichischen Botschaft Budapest, Gesandter für Agrar- und Umweltangelegenheiten, 14.3.2014
14 Fidrich, a. a. O.
15 Szabó, Rebeka, 2013: Hungarian land-grabbing: family farmers vs. politically backed oligarchs. In: Green European Journal, Volume 5. Zugriff: http://www.greeneuropeanjournal.eu/hungarian-land-grabbing-family-farmers-vs-politically-backed-oligarchs/
16 Fidrich, a. a. O.
17 Adrowitzer, Roland und Gelegs, Ernst, 2014: Schöne Grüße aus dem Orbán-Land, Styria Premium, Wien-Graz-Klagenfurt. Zugriff: http://www.taz.de/!121761/
18 Pester Lloyd, 27.03.2014: Frühjahrsoffensive im Bodenkampf. Zugriff: www.pesterlloyd.net/html/1413bodengesetz4600.html
19 Fidrich, a. a. O.
20 Die Presse, 6.2.2014: Haft für heimische Bauern in Ungarn? Zugriff: http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1559413/Haft-fur-heimische-Bauern-in-Ungarn?from=suche.intern.portal
21 ebda. und: Die Presse, 6.2.2014: Ungarn verschärft Gangart gegen österreichische Bauern. Zugriff: http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1559123/Ungarn-verschaerft-Gangart-gegen-osterreichische-Bauern-?from=suche.intern.portal
22 Schriftliche Stellungnahme der Österreichischen Botschaft Budapest, Gesandter für Agrar- und Umweltangelegenheiten, 14.3.2014
23 Romania News Agency, 22.11.2011: The agricultural land owned by foreigners in Romania, 700,000-plus ha. Zugriff: http://farmlandgrab.org/19636
24 Wiener Zeitung, 16.4.2013: Hands off the land – In Europa verschwinden die kleinen Landwirte. Zugriff: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/539761_In-Europa-verschwinden-die-kleinen-Landwirte.html
25 Weltbank, 2013: World Bank Group Romania Partnership - Program Snapshot. S.4. Zugriff: http://www.worldbank.org/content/dam/Worldbank/document/eca/Romania-Snapshot.pdf
26 Romania News Agency, 22.11.2011, a. a. O.
27 Arc 2020, 2013: Romanians confront land grab 'scout'. Zugriff: http://farmlandgrab.org/post/view/21549#sthash.bGe48plT.dpuf
28 Der Standard, 29.4.2013: Landraub in Rumänien. Zugriff: http://derstandard.at/1363709565175/Landraub-in-Rumaenien
29 Bouniol, Judith, 2013: Scramble for land in Romania jeopardizes rural territories development. EcoRuralis. A paper that is part of the European Coordination of Via Campesina (ECVC) and Hands-Off The Land Study on Land Concentration and land Grabbing in Europe. Amsterdam: Transnational Institute.
30 Der Standard, 29.4.2013, a. a. O.
31 The Huffington Post, 22.11.2013: Buffalo, Betting and Power Boat Racing - The Bizarre Story of Land-Grabbing in Romania. Zugriff: http://www.huffingtonpost.co.uk/luke-daleharris/romania-land-grabbing_b_4316642.html
32 PressEurop, 30.4.2012: Romania: A fertile land of opportunity. Zugriff: http://farmlandgrab.org/post/view/21508
33 Wiener Zeitung, 16.4.2013, a. a. O.
34 Schriftliche Stellungnahme Bardeau Gruppe, 12.3.2014
35 Arc 2020, 2013:.Bardeau's Empire: an Austrian landgrabber. Zugriff: http://www.arc2020.eu/front/2013/04/bardeau%E2%80%99s-empire-case-study-of-a-austrian-landgrabber/
36 Schriftliche Stellungnahme Bardeau Gruppe, 12.3.2014
37 Wiener Zeitung, 16.4.2013, a. a. O.
38 Schriftliche Stellungnahme Bardeau Gruppe, 12.3.2014
39 Der Standard, 29.4.2013, a. a. O.
40 Opinia Timisoarei, 6.2.2012: Averea unui magistrat din Timisoara va fi verificata de ANI. Se poate ajunge la confiscarea averii si sesizarea Parchetului Zugriff: http://www.opiniatimisoarei.ro/averea-unui-magistrat-din-timisoara-va-fi-verificata-de-ani-se-poate-ajunge-la-confiscarea-averii-si-sesizarea-parchetului/06/02/2012/
41 Schriftliche Stellungnahme Bardeau Gruppe, 12.3.2014
42 Arc 2020, 2013, a. a. O.
43 Der Standard, 29.4.2013, a. a. O.
44 Amb Holding, Agro Company: Neustart in der Kornkammer Europas. Zugriff: http://www.amb-holding.at/index2.php?auswahl=agrocompany/info
45 AMS-Statistiken: Erteilte Saison- Beschäftigungsbewilligungen für Erntehelfer nach Nationalität, Jahr 2013.
46 Tiroler Tageszeitung, 11.12.2013: Zusätzlich 100.000 € für Erntehelfer. Zugriff: http://www.tt.com/home/7607707-91/zus%C3%A4tzlich-100.000--f%C3%BCr-erntehelfer.csp
47 Amb Holding. Silva property: Wertholzproduktion in CEE. Zugriff: http://www.amb-holding.at/index2.php?auswahl=silvaproperty/info
48 APF, 22.2.2014: Massive logging leaves deep scars in Europe. Zugriff: http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5jntBaktllbnKE49ESRf31lnM3alQ?docId=23b2c9ae-3861-4d1b-a6be-806f67d9b0e2&hl=en
49 Romania Insider, 14.5.2012: Romania loses more than 280,000 hectares of forest in 10 years. Zugriff: http://www.romania-insider.com/romania-loses-more-than-280000-hectares-of-forest-in-10-years/57249/
50 Balas, Orlando, 19.11.2013: Dossier Wald: Halt der Zerstörung des rumänischen Waldes. Zugriff: http://www.forumcivique.org/de/artikel/dossier-wald-halt-der-zerst%C3%B6rung-C3%A4nischen-waldes
51 Terra daily, 26.10.2011: WWF urges Romania to protect ist virgin forests. Zugriff: http://www.terradaily.com/reports/WWF_urges_Romania_to_protect_its_virgin_forests_999.html
52 Schriftliche Stellungnahme Holzindustrie Schweighofer, 17.3.2014
53 Wirtschaftsblatt, 7.10.2009: Rumänien: Schweighofer kauft Wald auf Vorrat. Zugriff: http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/europa_cee/1118317/index
54 Presseinformation Holzindutrie Schweighofer, 28.3.2013
55 Holzindustrie Schweighofer, 23.1.2014: Zugriff: http://www.schweighofer.at/de/unternehmen/schweighofer-news.html
56 Forcechange.com: Stop the Deforestation of Eastern European Woodlands. Zugriff: http://forcechange.com/64458/stop-the-deforestation-of-eastern-european-forests/
57 Budapest Telegraph, 11.9.2013: Tug-of-war continues over a planned Austrian sawmill in Transylvania. Zugriff: http://www.budapesttelegraph.com/news/466/tug-of-war_continues_over_a_planned_austrian_sawmill_in_transylvania_
58 Budapest Telegraph, 19.4.2013: Austrian wood-working project gets mixed reaction in Romania. Zugriff: http://www.budapesttelegraph.com/news/343/austrian_wood-working_project_gets_mixed_reaction_in_romania
59 Schriftliche Stellungnahme Holzindustrie Schweighofer, 17.3.2014

60 Fordaq – das Netzwerk der Holzindustrie, 16.1.2014: Protests in Romania against Schweighofer plant. Zugriff: http://holz.fordaq.com/fordaq/news/Schweighofer_Reci_plant_Romania_protests_35504.html
61 covasnamedia.ro, 26.2.2014: Ministerul Mediului a finalizat controlul la APM Covasna. Zugriff: http://stiri.covasnamedia.ro/2014/02/26/ministerul-mediului-a-finalizat-controlul-la-apm-covasna/
62 Blick ins Land, 6-7/2012: Serbiens Äcker – ein lohnendes Asset
63 Ebda.
64 Srećković, Milenko, 2013: Land grabbing and land concentration in Europe: The case of Serbia. A paper that is part of the European Coordination of Via Campesina (ECVC) and Hands-Off The Land Study on Land Concentration and land Grabbing in Europe. Amsterdam: Transnational Institute.
65 Ebda.
66 Blick ins Land, 6-7/2012: Serbiens Äcker - ein lohnendes Asset
67 Advance Agrifood: Farming & Investment. Zugriff: http://www.advanceagrifood.com/investment-and-development/
68 Österreichische Entwicklungszusammenarbeit: Projektliste, Stand 3.2.2014: Vertragsanbau von hochwertigen landwirtschaftlichen Produkten in der Vojvodina. Zugriff: http://www.entwicklung.at/zahlen-daten-und-fakten/projektliste/?tx_sysfirecdlist_pi1%5BshowUid%5D=317&cHash=c392e92ee8eef20549cdb0a75a2b49d2
69 Advance Agrifood Management GmbH, via Email am 10.3.2014
70 ADA: Aufbau von Margarine-Produktion und Entwicklung von Zulieferketten. Zugriff: http://www.entwicklung.at/zahlen-daten-und-fakten/projektliste/?tx_sysfirecdlist_pi1%5BshowUid%5D=373&cHash=e00c60d76756adb2daaf0cc461883e35
71 Srećković, Milenko, 2013, a. a. O.
72 Srećković, Milenko, 2013, a. a. O.
73 Stellungnahme der MK Group, 27.3.2014
74 Workers resistance to deindustrialization and land grabbing. Milenko Srećković in conversation with Ana Vilenica. Zugriff: http://www.uzbuna.org/en/book/export/html/183
75 MK Group: Agriculture in Serbia. Zugriff: http://www.mkgroup.rs/eng/page/84/56/Fields-of-Operations/Agriculture/Agriculture-in-Serbia
76 Österreichische Entwicklungsbank: Langfristige Kreditlinie an serbische MK Group. Zugriff: http://www.oe-eb.at/de/projekte/Seiten/mkgroup-serbien.aspx
77 Stellungnahme der MK Group, 27.3.2014
78 Wirtschaftskammern Österreichs, 2013: Österreichs Investitionen 2012 in Mittel- und Osteuropa. Zugriff: http://wko.at/statistik/wgraf/2013_47_Direktinvestitionen_Osteuropa_2012.pdf
79 Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, (o.J.):EU Investitionspolitik. Zugriff: http://www.bmwfw.gv.at/Aussenwirtschaft/investitionspolitik/Seiten/EU-Investitionspolitik.aspx
80 Olivet, Cecilia, 2013: A test for european solidarity. Zugriff: http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/briefing_on_intra-eu_bits_0.pdf
81 Investment Treaty Arbitration: Austria-Ukraine. Zugriff: http://www.italaw.com/cases/71
82 Investment Treaty Arbitration: Austria-Croatia. Zugriff: http://www.italaw.com/cases/47
83 Investment Treaty Arbitration: Austria-Slovak Republic. Zugriff: http://www.italaw.com/cases/419
84 Investment Treaty Arbitration: Austria-Bulgaria. Zugriff: http://www.italaw.com/cases/2171
85 Lambert, Tobias, (o.J.): Schutzschirm für Land Grabber? Zugriff: http://land-grabbing.de/triebkraefte/spekulation/fallbeispiel-investitionsschutzabkommen-verhindern-landreformen/
86 Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States in the area of Economic, Social and Cultural Rights. Zugriff: http://www.fian.org/fileadmin/media/publications/2012.02.29_-_Maastricht_Principles_on_Extraterritorial_Obligations.pdf
87 Committee on Economic, Social and Cultural Rights, 13.12.2013: Concluding observations on the fourth periodic report of Austria. Zugriff: http://tbinternet.ohchr.org/_layouts/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=E%2fC.12%2fAUT%2f
88 FIAN Austria, 2013: Parallel Report Austria's Extraterritorial State Obligations on ESCR Austria´s 5th State Report on the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESCR)
Zugriff: http://www.fian.at/assets/PR-ESCR-ETOs-DRUCK-Nov13.pdf
89 Committee on World Food Security 38th (Special) Session, 2012: Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security CFS, (CFS 2012/38/2). Zugriff: http://www.fao.org/docrep/meeting/025/md708e.pdf

FIAN ist eine internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.

FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/3/1
A-1090 Wien
Tel: 01 2350 239, Mail: office@fian.at, Web: www.fian.at
ZVR: 937 480 634

Spendenkonto FIAN Österreich:
IBAN: AT73 2011 1294 1590 3600, BIC: GIBAATWWXXX

Veröffentlicht 2014 von
FIAN Österreich für Hands off the Land.

Autorin: Brigitte Reisenberger
Gestaltung: Sebastian Köck

HANDS OFF THE LAND
TAKE ACTION AGAINST LAND GRABBING

gefördert durch die
Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Mit freundlicher Unterstützung der Europäischen Kommission und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Für den Inhalt sind allein die Herausgeber verantwortlich. Der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit angesehen werden.